

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Mürringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Ami Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung spätestens 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders o. r. steht (S. Größtmassstab für beide Zeilen in Berlin).

Berlin, den 4. Juni 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Eine einzige Provokation.

Die Nazi-Barone ohne Maske.

SPD. 23 Jahre nach dem Ausbruch der französischen Revolution kehrten die Bourbonen "in den Gepäckwagen der feindlichen Heere" nach Frankreich zurück, und ihr Familienoberhaupt Ludwig XVIII. bestieg wieder den Thron seines abgesetzten und enthaupteten Bruders. Er erliess dabei ein Manifest an das französische Volk, in dem der Satz stand, der zum geflügelten Wort als Inbegriff sturer Reaktion geworden ist: "Wir haben nichts gelernt und nichts vergessen."

An dieses Bekenntnis jener geistigen Impotenz, die das Rad der Weltgeschichte zurückdrehen will, erinnert auch die sogenannte Regierungserklärung der Pappenheimer um Schleicher. Von einem Programm kann hier keine Rede sein, höchstens von einer Aneinanderreihung schlagwortartiger Platteiten. Das Ganze ist eine einzige Herausforderung der Republikaner, eine einzige Kampfansage an die werktätige Bevölkerung, eine einzige Bedrohung der kümmerlichen Lebensrechte der Aermsten unter den Armen. Die Junkerclique, die durch Intrigen raffiniertester Art an die Macht gelangt ist, mit Hilfe der Massenpsychose, die Hitler erzeugt hat, und dank der Spaltung in der Arbeiterklasse, die Moska auf dem Gewissen hat, rüstet gegen das eigene Volk.

Unter dem Vorwand, "die Misswirtschaft der Parlamentsdemokratie", den "gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf", das "atheistisch-marxistische Denken" und den "Kulturbolschewismus" zu bekämpfen, soll der alte Dreiklassenstaat wilhelminischen Angedenkens wieder aufgerichtet werden. Hinter dem Adelskabinett des Herrnclubs tritt bereits die grinsende Fratze der Monarchie hervor. Die neuen Minister haben zwar den Eid auf die Reichsverfassung abgelegt, aber sie haben vergessen, in ihrer Kundgebung auch nur mit einem Wort diese Verfassung zu erwähnen. Sie dürften wissen warum. Noch ist es ihnen zu früh, ihre Karten aufzudecken. Vor allem wissen sie, dass der Reichspräsident seinen Eid achten und einen Verfassungsbruch nicht zulassen wird, solange er im Amt ist. Aber schon erzählt man sich in Kreisen, die der Regierung des Herrenclubs nahe stehen, dass ihnen dieses letzte Hindernis nicht mehr lange im Wege stehen würde. Es werden Pläne kolportiert, vor allem für die Zeit nach der Wahl, die auch die übelste Wortklauberei mit dem Geist und sogar mit dem Buchstaben der Verfassung nicht in Einklang bringen könnte.

Indessen will diese Regierung der Barone, die sehr wohl weiss, dass sie fast nichts hinter sich hat und die aus diesem Grunde den Reichstag aufgelöst hat, zunächst versuchen, eine Rechtsmehrheit bei den Neuwahlen zu erlangen. Gelänge ihr das, dann würde sie, gestützt auf Hitler und Hugenberg, denen sie ihre Machtergreifung verdankt, das Programm der Reaktion und der Restauration mit einem Schein von demokratischen Recht zu verwirklichen versuchen.

Das darf nicht gelingen! Wir müssen dem Volk tagtäglich begreiflich machen, dass die Regierung der Nazi-Barone ein Attentat auf seine Lebensrechte plant, dass die Verdammung des "Marxismus" und des "Klassenkampfes" nur ein

Vorwand ist, um die besitzlosen Massen politisch und wirtschaftlich wieder unter das Joch jener kleinen Herrschicht zu zwingen, die im Vorkriegsdeutschland Wilhelms II. die Alleinherrschaft ausübte. Schon die Uebernahme des Schlachtwortes aus der Sudelküche Hugenbergs vom "Wohlfahrtsstaat" zeigt deutlich, wohin die Reise geht. Alles, was die Republik und die Weimarer Verfassung zugunsten der Arbeitslosen, der Sozialrentner, der Invaliden, der Kranken, der Kriegsoffer geschaffen hat, soll zerschlagen werden. Schlimmer konnte sich die Sozialreaktion nicht enthüllen. Dem ganzen werktätigen Volke wird Klassenkampf von oben angesagt.

Brutal nach innen, aber kleinlaut nach aussen - das ist die Regierung der Nazi-Barone. Die Grundsätze der Aussenpolitik der letzten Jahre werden übernommen, aber in der Reparations- und Abrüstungsfrage wagt man nicht einmal die klaren Forderungen zu wiederholen, die Stresemann, Hermann Müller und Brüning im Namen der Linken immer wieder verkündet haben. Man bittet das Ausland, dessen grenzenloses Misstrauen gegen die Reichsregierung man kennt, um gut Wetter, damit man in Ermangelung aussenpolitischer Erfolge über das eigene Volk ungestört siegen kann.

"Nichts gelernt und nichts vergessen!" - jener Geist von Potsdam, der uns herrlichen Zeiten entgegenführen sollte und uns in den Abgrund des verlorenen Krieges gestossen hat, offenbart sich unverfälscht in dieser ersten Kundgebung des Adelskabinetts. Aber die Herren vom Herrenclub täuschen sich, wenn sie glauben, die alte Hohenzollern- und Junkersherrlichkeit wieder aufzurichten zu können. Am Wahltag muss das deutsche Volk ihnen zeigen, dass es nichts vergessen, aber vieles hinzugelernt hat.

SPD. Brüssel, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Der sozialistische "Peuple" schreibt zu der deutschen Regierungserklärung sie entschleierte Absichten schwärzester Reaktion auf politischem und sozialem Gebiet. Zur Wirtschaftskrise und Massenerwerbslosigkeit habe die Regierungserklärung nur hohle Phrasen ohne jeden Charakter zu verzapfen, und der Aufruf zur Rückkehr zu den Grundsätzen des Christentums, um der sittlichen Entartung des deutschen Volkes Einhalt zu tun, sei geradezu ungläublich.

Im übrigen schreibt der "Peuple" zur Lage in Deutschland, dass der Verteidigungskampf um die politische und soziale Demokratie jetzt mit nie erreichter Schärfer unter der Führung der Sozialdemokratie einsetzen werde. In den nächsten Wochen gehe es um Sein oder Nichtsein der Demokratie in Deutschland. Dank der Brutalität der jetzigen Machthaber seien das katholische Zentrum und die Sozialdemokratie im Verteidigungskampfe um die Demokratie geeint. Die Sozialdemokratie werde sich gewiss tüchtig schlagen. Als Regierungspartei oder als Stütze von Regierungen möge sie Fehler gemacht und gewisse Schwächen gezeigt haben, aber im Verteidigungskampfe, in dem sie unter Bismarck und Wilhelm II. geschmiedet worden sei, sei sie unvergleichlich. Diese Arbeitermacht, die in allen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens kräftig organisiert sei und in allen Institutionen des Landes tief verankert wäre, könne kein Schleicher und kein Hitler niederschlagen, ohne die deutsche Nation selbst in das tiefste Verderben und in unsagbares Chaos zu stürzen.

SPD. In den Reihen der Mittelparteien ist eine Sammlungsaktion im Gange. Man hofft auf diese Weise den völligen Zusammenbruch der Mitte um die Herren Dingeldey und Drewitz verhindern zu können.

SPD. Saarbrücken, 4. Juni (Eig. Dr. Antb.)

Der neue Reichskanzler Herr v. Papen, der sich in seinem Brief an den Zentrumsführer Kaas in tiefenden Worten der allerhöchsten Hochachtung und Verehrung für den Reichspräsidenten v. Hindenburg als den Deutschland einigenden Mittelpunkt einsetzt, hat aller Wahrscheinlichkeit nach im ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl diesen selben Herrn Hindenburg nicht gewählt, sondern dessen Gegenkandidaten Herrn Düsterberg vom "Stahlhelm". Diese Stellungnahme des Herrn v. Papen ist auf folgende Weise bekannt geworden:

Papen wohnt in Wallerfangen im Saargebiet, ist aber auf innerdeutschem Boden noch angemeldet. Zur ersten Reichspräsidentenwahl fuhr er mit seinem Auto in den kleinen kleinen katholischen Ort Otten in der Nähe der saar-deutschen Grenze und wählte mit einem Wahlschein. In diesem Ort, der kaum 500 Einwohner zählt, ist niemals eine Rechtsstimme abgegeben worden, geschweige irgend ein Stahlhelm-Mann bekannt gewesen. Ausgerechnet aber bei der ersten Wahl zum Reichspräsidenten, als Herr Papen den Ort mit seiner Stimmabgabe beehrte, befand sich unter den Stimmzetteln ein einziger für den Stahlhelm-Kandidaten und Gegner Hindenburgs, den Oberstleutnant Düsterberg. Von den noch nicht 200 stimmberechtigten des ganzen Ortes schwört jeder darauf, dass diese eine Stahlhelmstimme von Herrn v. Papen stammen muss.

Diese Annahme wird erhärtet durch folgenden Tatbestand, den das führende Zentrumsorgan des Saargebietes, die "Saarbrücker Landeszeitung" feststellt: Herr v. Papen hat sich der Redaktion des Zentrumsorgans gegenüber wiederholt sehr anerkennend über den "Stahlhelm" geäußert und die Redaktion seines Parteiblattes - allerdings erfolglos - um eine entsprechende freundliche Einstellung gegenüber dem "Stahlhelm" gebeten.

SPD. Der Wahlaufbruch der Nazi-Barone, der am Sonnabend als "Regierungserklärung" der Öffentlichkeit übergeben wurde, hat weit über das Lager der Linken hinaus ungeheuerliche Empörung hervorgerufen. In der ganzen Welt dürfte es bisher keine Regierung gegeben haben, die ihre Vorgänger in der übelsten Weise kritisiert, ohne aber zugleich zu sagen, was sie zu tun und wie sie es besser zu machen gedenkt. Diese "Regierungserklärung ist eine einzige Provokation der deutschen Arbeitnehmerschaft. Die Herren Nazi-Barone dürfen sich deshalb nicht wundern, wenn es nunmehr in den Wald herausschallt wie es hineingeschallt ist.

So schreibt das Organ der christlichen Gewerkschaften "Der Deutsche": "Diese "Regierungserklärung" beweist, dass es sich um kein Kabinett der nationalen Konzentration handelt, sondern um ein gegen die Mitte und gegen die Sozialdemokratie gerichtetes Kampf-Kabinett. Die Polemik dieser Regierungserklärung scheut nicht davor zurück, in ziemlich offener Form dem Zentrum den Vorwurf zu machen, Kulturbolschewismus gefördert zu haben. Diese stauenswerte Verdächtigung einer von den besten christlichen Kräften Deutschlands getragenen Partei muss besonders schmerzlich deshalb befremden, weil sie von einem katholischen Aristokraten unterzeichnet ist. Der Satz: "Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt", - dieser Satz trifft den deutschen Arbeiter und Angestellten, vor allem aber den deutschen Arbeitslosen wie eine Ohrfeige. Wir haben also zur Kenntnis zu nehmen, dass nach Ansichten der Herren v. Papen, v. Schleicher, der anderen Grafen und Barone sowie der bürgerlichen Kabinettsmitglieder die Sozialpolitik, darunter die Arbeitslosenunterstützung, die moralischen Kräfte zermürbten. Sind die Herren der Ansicht, dass Hunger und Elend die moralischen Kräfte der Nation gestärkt hätten? Als Brüning 1930 die Regierung und Stegerwald das Arbeitsministerium übernahm, versprachen beide den Kern der Sozialgesetzgebung durch die Krise zu retten. Sie haben ihr Versprechen gehalten. Das neue Kabinett von Papen-von Schleicher enthält ein solches

Versprechen nicht mehr, sondern die Andeutung des Gegenteils. Und diesem Kabinett hat die nationalsozialistische Arbeiterpartei, ja "Arbeiter"-Partei die Steigbügel gehalten."

Der "Vorwärts" sagt: "Gegen den "Wohlfahrtsstaat" predigt der regierende Herrenklub. Aber ist die Regierung Brüning nicht eben deshalb gestürzt worden, weil sie Wohltaten, die man von ihr forderte, verweigert hat? Weil sie den mehrfach bankrotten, mehrfach erfolglos subventionierten Grossgrundbesitz des Ostens nicht weiter mit Mitteln, die den Ärmsten genommen sind, über Wasser halten wollte, weil sie nicht genug Wohlfahrtsanstalt war für Junker und Barone, darum ist sie gestürzt worden!" Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation" - das ist dann wieder die andere Seite der Sache. Das ist die stehende Redensart aller derer, denen die Sozialversicherung ein Dorn im Auge ist. Die neue Regierung will einen Teil der Notverordnungen, die die Regierung Brüning vorbereitet hat, in Kraft setzen. Nach dem Programm, das sie verkündet kann man sich ungefähr vorstellen, auf welche Weise die Auswahl erfolgen wird. Unter dem Dutzend platter Redensarten, die der Verfasser aus der Hugenberg- und Hitler-Presse abgeschrieben hat, befindet sich natürlich auch der "gemeinschaftsfeindliche Klassenkampf". Aber diese ganze Regierungserklärung ist weiter nichts als eine einzige Klassenkampfklärung von oben. Wir setzen ihr die Klassenkampfklärung von unten entgegen. Der Kampf zwischen den Baronen und dem Volk muss ausgefochten werden! Erst wenn das hochmütige Herrentum endgültig besiegt ist, wird eine wirkliche Volksgemeinschaft möglich sein. Die Regierung, die diese Erklärung erlassen hat, ist eine Regierung nach Hitlers Herzen. Die Barone wünschen, dass Nationalsozialisten gewählt werden! Gebt ihnen die Antwort, die sie verdienen!"

Das "Berliner Tageblatt" gibt die "Regierungserklärung" unter dem Titel wieder: "Rückschritt auf der ganzen Linie" und schreibt :

"Die Nation kann sich jetzt in der Tat entscheiden, weil das Kabinett Papan wenigstens den Mut hatte, nach innen ein Bekenntnis abzulegen. Es ist die Abneigung gegen das ganze "System", die hier durchgebrochen ist, wenn gegen die "Misswirtschaft der Parlaments-Demokratie" gewettert, wenn alle Nachkriegs Regierungen - also auch die Kabinette, in denen die Rechte dominierte - beschuldigt werden, dem Staatssozialismus gehuldigt, den Staat zu einer Wohlfahrtsanstalt gemacht und die moralischen Kräfte der Nation geschwächt zu haben. Das sind Vokabeln aus dem Sprachschatz Hugenbergs und Hitlers zugleich, denen der neue Kanzler damit seine Reverenz erweist. Man kämpft mit Worten gegen den Klassenkampf und den "Kulturbolschewismus", aber man predigt im gleichen Atemzug selbst den Klassenkampf, nur mit umgekehrten Vorzeichen, indem man ein autoritäres Regime der Barone und Grossgrundbesitzer etabliert, das für die Masse der Hilfsbedürftigen und Schwachen, für die Opfer des sozialen Systems nichts übrig hat als die Doktrin, dass sie nicht zu den "aufbauwilligen und staaterhaltenden Kräften" gehören, wenn sie sich der Führung des neuen Regiments nicht willig unterordnen. Dazu beschwört man, mit nicht zu übersehender Spitze gegen das Zentrum, die "christlichen Kräfte" der Nation, ohne eine gültige Legitimation dafür zu besitzen, und macht so religiöse Ideen zu Stütze eines politischen Systems, das ganz offenkundig im Interesse bestimmter Gesellschaftsschichten errichtet ist und diesem Interesse auch dienen will. Nichts Konkretes kann man über die Pläne sagen, mit denen man der Not des Volkes abhelfen will, man kann nur den bisherigen Regierungen, und dem Kabinett Brüning voran, den Vorwurf machen, dass sie Land und Volk in den Bankrott geführt hätten; und man kann nicht mehr ankündigen, als dass man gezwungen sei, in praktischen Handeln genau dort anzuknüpfen, wo die bisherige Regierung durch den mutwillig herbeigeführten Sturz gezwungen, die Arbeit hatte liegen lassen müssen. Nur eins tritt zwischen den Zeilen und in nackten Worten ganz deutlich hervor, dass das Rad der Geschichte zurückgedreht werden, dass die Demokratie, wenn nicht beseitigt, so doch denaturiert werden soll, dass man in der Sozial-

politik den Weg des grossen Abbaus beschreiten und alles, was an sozialem Recht seit 1918 hinzugewachsen ist, wieder beiseiteschieben will. Die Drosselung, die schon die Krise mit sich gebracht hat, soll also systematisch zu Ende geführt, zwölf Jahre deutscher Geschichte sollen ausradiert werden."

Die "Germania" schreibt in ihrer Sonntag-Ausgabe am Schluss einer längeren Betrachtung, in der sie sich scharf gegen die "reaktionären Ziele des neuen Kurses" wendet :

"Im ganzen gesehen bestätigt sich aus der Erklärung des Reichskabinetts die schon aus seiner Geschichte und seinem Dasein gegebene Notwendigkeit, gegen diese Regierung mit allen Mitteln und allen Konsequenzen den schärfsten Kampf zu führen. Die Deutsche Zentrumspartei hat nicht ein furchtbares Jahrzehnt hindurch die schwerste Verantwortung auf sich genommen, um schliesslich die Idee und das Werk des Volksstaates mitten in einem aussichtsvollen Kampfe um das deutsche Schicksal von reaktionären Kräften zerstören zu lassen. Ein gewaltiges Werk hat sie, in unerschütterlicher Treue zu dem deutschen Führer Brüning, gerade in den letzten beiden Jahren getragen und geschützt, in denen eine noch nie erlebte Krise alles zu zerstören begann. Sie kämpft darum, dass dieses Werk nicht verfälscht, und die Grundlagen einer lebendigen, gerechten Gemeinschaft des Volkes nicht vollends zerstört werden. Sie kämpft dagegen, dass der alte Geist einer längst überwundenen politischen und wirtschaftlichen Epoche wieder die Herrschaft in Volk und Staat ergreift. Sie kämpft dagegen, dass alte, überholte Kräfte unserer Geschichte, auf eine unklare Massenbewegung gestützt und sie missbrauchend, das Leben unseres Volkes, seine Rechte und seine staatliche Ordnung wieder im Sinne einer längst vergangenen Zeit umgestalten. Noch niemals in ihrer an Kämpfen reichen Geschichte war die Zentrumspartei so einig wie jetzt, wo sie in den vielleicht schwersten Kampf geht, den sie je zu führen hatte. Diese Einigkeit, die sich in allen ihren Gliedern und Ständen über das ganze Reich hinweg zeigt, ist uns die sicherste Gewähr dafür, dass der Kampf in seinen Zielen und Motiven verstanden und zu einem guten Ende gebracht werden wird."

SPD. Paris, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Kabinett Herriot hat am Sonnabend vormittag um 11 Uhr seinen Antrittsbesuch beim Präsidenten der Republik gemacht. Später bestätigte Herriot, dass sich die Regierung am Dienstag nachmittag dem Senat und der Kammer vorstellen werde. Am Sonntag werde ein Kabinettsrat zur Ausarbeitung der Regierungserklärung stattfinden, und am Dienstag vormittag werde die Regierung in einem Ministerrat dem Präsidenten der Republik den endgültigen Wortlaut der Erklärung unterbreiten.

Als einige Journalisten Herriot zu der schnellen Lösung der Ministerkrise beglückwünschten, sagte er: "Es ist ermutigend und eindrucksvoll, dass in Frankreich an dem gleichen Tage in der vollkommensten Ruhe ein Senats- und ein Kammerpräsident gewählt und eine neue Regierung gebildet werden konnte, während in anderen Ländern....." Zu der in der gleichen Stunde vollzogenen Auflösung des Reichstags, auf die man ihm aufmerksam machte, erklärte Herriot: "Noch vor kurzer Zeit habe ich nicht geglaubt, dass die Auflösung so schnell kommen würde."

Vom Elysee begab sich Herriot in Begleitung des Unterstaatssekretärs Marchandeau nach dem Grabe des unbekanntes Soldaten unter dem Triumphbogen sowie nach den Gräbern Briands und Doumers, wo er Kränze im Namen der neuen Regierung niederlegte. Am späten Nachmittag übergaben die bisherigen Minister ihren Nachfolgern die Geschäfte.

Das Kabinett wird in der nationalistischen Presse bereits heftig beföhelt. Das schwerindustrielle "Journal de Debate" erklärt, es sei ein Kabinett von Freimaurern und Anhängern der Sozialisierung. Vielleicht habe Herriot nicht

an ein solches Kabinett gedacht, aber er habe es jedenfalls gebildet. In dem Masse, in dem am Freitag abend die Uhr vorrückte, sei es mehr und mehr dem extremen Radikalismus in die Arme getrieben worden. - Der "Intransigeant" erklärt, das Ministerium könne nur eine Etappe darstellen, denn angesichts der beunruhigenden aussenpolitischen Lage müssten sich alle Parteien zur Verteidigung des Vaterlandes einigen. Herriot werde bald erfahren, dass er die Sozialisten fallen lassen und auf die loyale Unterstützung des rechten Zentrums rechnen muss, auf die er vor der furchtbaren Zukunft nicht verzichten könne.

SPD. Köln, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Ein Kölner Zentrumsabgeordneter hat folgenden unglaublichen Brief erhalten (abgestempelt vom Postzug Köln-Hannover 30.5.32.):

"Es ist erreicht! Der Jesuitenschurke ist endlich, nachdem er Deutschland gemäss Weisung aus Rom in Grund und Boden vernichtet hat, erledigt. Schade, dass man nicht auch diesem Erzlumpen eine Kugel in den römischen Schäden gejagt hat wie man damals den grössten Erzschnitzwerkmeister Erzberger ins Jenseits jagte. Herr von Hindenburg ist ja lange genug in Neudeck gewesen und da wird dem alten Herrn endlich sein Gutsnachbar Oldenburg-Januschau erzählt haben, dass mit Rom aufgeräumt werden muss und dass dieser Halunke Brüning ja nur römische Politik getrieben hat. Jetzt werden die Deutschnationalen, der Stahlhelm und die Nationalsozialisten, in deren Reihen ja nicht nur Arbeiter sitzen, die Regierung bilden und dann endlich eine deutsche Regierung, frei von den Schwarzröcken des Zentrums. Erst Deutschland und das Deutschtum - aber endlich: Nieder mit Rom! Mögen die schwarzen Pfaffen in den Beichtstühlen weiter Frauen und Kinder schänden. Aber aus deutschen Belangen sollen sie entfernt werden. Wir Deutsche sagen nicht, wir sind für Christentum und somit für Religion, aber wir sagen: "Nieder mit den Zentrumsbonzen! Nieder mit diesem landesverräterischen Schweinepack!" Sagen Sie auch dem Halunken Schmelzer (Zentrumsabgeordneter des Reichstags), dass er rasch nun seine widerliche Presse verbirgt. Jetzt darf das Zentrum ja zeigen, wohin es will. Der gerechte Gott im Himmel schlage jeden Zentrumshalunken mit Blindheit. Jetzt schlottern die Kniee der schwarzen Kinderschänder. Ein Blick in die feiste Presse der Schwarzröcke und man erkennt sofort die tierisch-niedrige Gesinnung dieser römischen Vagabunden. Nieder mit Rom! Hoch Deutschland und unser Vaterland. Ein Deutscher."

Der "deutsche" Lump war natürlich zu feige, mit seinem Namen hervorzutreten. Der Brief selbst gibt eine Kostprobe dafür, was wir im bevorstehenden Wahlkampf an Schmutz und Gemeinheiten erleben werden.

SPD. Der Reichspräsident hat am Sonnabend zur Auflösung des Reichstags folgende Verordnung erlassen:

"Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht."

SPD. Paris, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Berliner Korrespondent des "Temps" bemerkt zu der Erklärung der Reichsregierung:

"Die Regierungserklärung gibt als Grund für die Auflösung des Reichstags die Notwendigkeit an, die deutsche Aussenpolitik auf einer klaren Innenpolitik aufzubauen. Diese Begründung glänzt nicht gerade durch grosse Logik. Die Re-

gierung kündigt ferner an, dass sie den Kampf für die moralische und wirtschaftliche Gesundung des deutschen Volkes ausserhalb der Parteien fortsetzen werde. Auch diese Behauptung wird mit Skepsis aufgenommen werden, zumal die Regierung in derselben Erklärung kategorisch den Sozialismus verurteilt und das katholische Zentrum anklagt, nicht christlich genug zu sein."

Im Leitartikel des "Temps" wird unter Anspielung auf die dem Kabinett bevorstehenden Schwierigkeiten mit den Nazis erklärt: "Herr von Papen ist noch nicht am Ende seiner Mühen. Die Regierungskrise tritt erst in die entscheidende Phase. Sie wird denen, die sie aus der Nähe beobachten, noch mehr als eine Ueberraschung bereiten, sowohl auf aussen- wie auf innenpolitischem Gebiet. Der sehr scharfe Ton, den die englische und amerikanische Presse gegenüber dem Präsidial-Kabinett weiter anschlägt, bestätigt, dass der erzwungene Rücktritt Brünings die internationale Atmosphäre merklich verändert hat. An der Schwelle der Verhandlungen von Genf und Lausanne wird dies dem neuen Reichskanzler ernste Sorgen einbringen."

SPD. Ihrem Wahlauftritt hat die Regierung Papen am Sonnabend-Nachmittag nachstehende Erklärung folgen lassen, die in jeder Beziehung zu dem sogenannten Regierungsprogramm passt:

"In einem Teil der deutschen Presse sind Nachrichten verbreitet, die sich mit der früheren aussenpolitischen Tätigkeit des Reichskanzlers in den Vereinigten Staaten von Amerika befassen. Diese Nachrichten stützen sich zum grössten Teil auf die Wahrheit völlig entstellendes Propagandamaterial unserer früheren Gegner aus dem Weltkriege. Nach Auffassung der Reichsregierung ist es ein vom Standpunkt jedes vaterländisch denkenden Menschen unverständliches Verhalten, wenn derartige Material dazu missbraucht wird, um das Ansehen des Reichskanzlers vor dem In- und Auslande herabzusetzen. Die Reichsregierung ist entschlossen, einer derartigen Brunnenvergiftung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten."

Auf den in dieser Erklärung gegen die amerikanische Presse erhobenen Vorwurf werden die amerikanischen Zeitungen selbst zu antworten wissen. Das Verhältnis des Herrn von Papen zu Amerika dürfte dadurch kaum eine Besserung erfahren.

Im übrigen macht sich die Regierung der Hitler-Barone die Sache sehr leicht. Sie wandelt in der obigen Feststellung den Weg ihrer Programmklärung verzichtet auf eine positive Darstellung des Sachverhalts und begnügt sich damit, die über die Tätigkeit des Herrn von Papen in Amerika aufgestellten Behauptungen als den Tatsachen "zum grössten Teil" nicht entsprechend, hinzustellen. Diese Methode dürfte Herrn von Papen wenig nutzen. In der Öffentlichkeit wird das Kapitel "Papen in Amerika" weiter diskutiert werden und alle Welt wird sich mit Recht fragen, welches nun der wahre Sachverhalt ist. Vielleicht holt Herr von Papen das Erforderliche nach, indem er den wahren Sachverhalt feststellt. Oder warum wird darauf verzichtet?

SPD. Prag, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Der von dem sozialistischen Sozialfürsorgeminister Dr. Czech ausgearbeitete Gesetzentwurf über die Erwerbslosenabgabe ist dem Abgeordnetenhaus vorgelegt worden. Die Abgabe, die durchschnittlich 1 % von dem Lohne der Arbeitnehmer aller Kategorien ausmacht und von der Krankenkasse eingezogen werden soll, wird von den Arbeitgebern bezahlt und darf auf die Arbeitnehmer nicht abge-

wälzt werden.

Gegen das gleichfalls vom Sozialfürsorgeministerium ausgearbeitete Wohnungsgesetz, das den Mieterschutz erst 1946 beenden will, macht sich starker Widerstand bei den Agrariern und Nationaldemokraten bemerkbar.

Die Erwerbslosenziffer ist um 12 % gesunken und beträgt jetzt 500 000 Personen.

SPD. Genf, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes hat in zwei Tagen die Lage der Weltwirtschaft auf Grund der Arbeitsberichte seiner Fachausschüsse beraten.

In seinem Bericht stellt das Komitee den Zwang zur internationalen Zusammenarbeit wiederum in den Vordergrund. Die Weltwirtschaft sei von Anfang 1929 bis Ende 1931 von 31 Milliarden Dollar auf 18 Milliarden Dollar zurückgegangen und werde 1932 auf 15 Milliarden Dollar zurückgehen, wobei der Preisrückgang in der Berechnung der Warenwerte schon berücksichtigt ist. Die Ausfuhr einzelner Staaten sei zwischen Januar 1930 und Januar 1932 wie folgt zurückgegangen: Deutschland um 49 %, Belgien 40 %, Spanien 70 %, Frankreich 51 %, England 47 %, Ungarn 70 %, Italien 46 %, Polen 58 %, Schweiz 50 %, Tschechoslowakei 61 %, und Vereinigte Staaten 63 %. Keine Lösung der Weltwirtschaftskrise sei möglich ohne eine Regelung der internationalen Währung und Kreditverhältnisse. Die Regelung zwischen den Gläubiger- und Schuldnerstaaten, die endgültige Lösung der politischen Schulden und ein gleichzeitiger Abbau aller Kontingentierungen und Zollschutzmauern erweise sich als immer dringender.

Der Bericht schliesst mit einer Hoffnung auf die kommenden internationale Bestimmungen, denen der Zwang obliege, endlich eine Regelung zu finden angesichts der furchtbaren Katastrophe, der die Weltwirtschaft mit Riesenschritten entgegenlaufe.

SPD. Köln, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Fabrikarbeiter haben heute an den Reichspräsidenten von Hindenburg folgendes Telegramm gesandt:

"Rheinische Arbeiterschaft kein Vertrauen zur Reichsregierung. Sozialreaktionäre Einstellung des Reichskanzlers von Papen lassen für den Bestand der Sozialversicherung, der Tarifverträge das Schlimmste befürchten. Stündlich wachsende stärkste Beunruhigung der Arbeiterschaft erwartet vom Reichspräsidenten stärkste Abwehr. Verband der Fabrikarbeiter Zahlstelle Köln, Christliche Fabrikarbeiter Zahlstelle Köln."

SPD. Danzig, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Danziger Regierung hat am Sonnabend an den diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig eine Note gerichtet, in der bis spätestens 31. Dezember 1932 die Entfernung der polnisch-pommerellischen Eisenbahndirektion aus Danzig gefordert wird. Die Forderung stützt sich auf die Entscheidung eines früheren Völkerbundskommissars in Danzig aus dem Jahre 1922, nach der Polen kein Recht haben soll, die damals schon bestehende Verwaltung der pommerellischen Eisenbahn in Danzig zu belassen. Diese Entscheidung ist nie zur Durchführung gekommen.

SPD. Der von dem Hauptaktionär der "Germania", dem inzwischen zum Reichskanzler beförderten Herrn von Papen, gegen den Willen der Redaktion eingesetzte Chefredakteur Ritter hat den Verlag des Blattes wissen lassen, dass er "mit Rücksicht auf die politischen Vorgänge der letzten Tage" von der redaktionellen Leitung der "Germania" zurücktrete.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der Luftibus.

Das Windmühlenflugzeug, die Erfindung des Spaniers Don Juan de la Cierva.

SPD. Beim Derby in Epsom, der trotz aller Krise grössten englischen Sensation des Jahres, hat die Polizei einen interessanten Versuch durchgeführt: der Verkehr, insbesondere das unaufhaltsame An- und Abfluten der Autoströme, wurde vom Flugtag aus geregelt. Dass diese modernste aller Methoden der Verkehrspolizei sich bewährt hat, wird in erster Linie auf die Benutzung eines für derartige Zwecke ohne Zweifel hervorragend geeigneten Flugzeugtyps zurückgeführt. Die Polizei bediente sich nämlich mehrerer Windmühlenflugzeuge, wie sie in Deutschland noch fast unbekannt sind, in England aber zuweilen und in Amerika schon sehr häufig angetroffen werden können. Das Windmühlenflugzeug ist ungefähr so wendig wie ein gewöhnliches Auto, es kann schnell und langsam fliegen, vor allem aber - und das war in Epsom von besonderer Wichtigkeit - fast senkrecht starten und landen.

Am Sonnabend hat der Erfinder des durch Zeitschriftenbilder und Filmwochenschauen bereits populären Windmühlenflugzeuges, der spanische Pilot Don Juan de la Cierva, seine eigenartige Maschine zum ersten Mal auf dem Flugplatz Berlin-Tempelhof vorgeführt. Man pflegt die erste Demonstration irgend welcher "Fortschritte der Technik" geschmacklos, oft pathetisch zu verkünden, das Pathos ist also schon etwas abgegriffen. Hier war es aber doch in jeder Bedeutung des Wortes wirklich so etwas wie "ein erhebendes Moment", als "G=ABIM" vor den erstaunten Zuschauern geradezu senkrecht in die Höhe stieg, die Luft teils mit etwa 180 Kilometern Geschwindigkeit durchsauste, dann mit etwa 20 Kilometer durchtrödelte, Kurven zog, wie sie kein Chauffeur besser herausbekommt, und schliesslich sanft, aber fast senkrecht zur Erde zurückkehrte. Zum Kreis der Zuschauer kamen allmählich auch einige Piloten der grossen Maschinen hinzu, die nach ihrer nun fast altmodisch wirkenden Methode fast hunderte von Metern zum Anlauf und Start, fast hunderte zum Landen brauchen. Die Herren Luftkapitäne machten grosse Augen.

Don Juan de la Cierva erklärte seine Maschine im einzelnen. Die Fabriken, die Windmühlenflugzeuge herstellen - in Deutschland sind es die Fokker-Wulff-Werke - beschränken sich vorläufig auf die Herstellung von Zweisitzern. Aber sonst unterscheidet sich der neue Flugzeugtyp rein konstruktiv von den üblichen Sportflugzeugen ganz wesentlich. Die Seitentragsflächen sind zu Gliedern zusammengeschrumpft, die im wesentlichen nur steuerliche Funktionen zu erfüllen haben. Die Träger sind nach oben gewandert: über dem Führersitz ist in Kardangelenken ein dreiteiliger ziemlich langer Drehflügel angebracht. Der Antrieb des Drehflügels geschieht beim Start in Verbindung mit Motor und Propeller. Wenn der Drehflügel auf 130 Touren gebracht ist, erfolgen die weiteren Umdrehungen in Eigenbewegung durch Luftdruck. Die höchste Tourenzahl beträgt 170. Das Flugzeug, das in erster Linie für Reisezwecke gedacht ist, erreicht bequem eine durchschnittliche Geschwindigkeit von 160 Kilometern pro Stunde, unter günstigen Umständen eine höchste von 195 Kilometern. So schnell fährt man mit anderen Flugzeugen natürlich auch - aber wohl doch nicht so sicher: die gewissermassen dreiteilig um sich selbst sausende Tragfläche hält die Maschine.

Wenn der Motor aussetzt, ist das also ohne Tragik. Das Windmühlenflugzeug ist gewissermassen sein eigener Fallschirm: mit 5 Meter Fallgeschwindigkeit pro Sekunde. Mit einem richtigen Fallschirm, den man aber nicht immer gleich

zur Hand und um den Leib hat, fällt man 4 Meter pro Sekunde. Dass die Berechnung stimmt, beweisen die amerikanischen Versicherungsgesellschaften. Sie versichern Fahrer von Windmühlenflugzeugen um 40 bis 60 % billiger als Fahrer von gewöhnlichen Sportmaschinen. Und die amerikanische Luftpolizei gibt für ihre "Reiter auf Windmühlenflügeln" besondere Führerscheine aus, einen "Führerschein 3b" etwa...

So fängt also wieder eine alte Utopie an, ihre ersten jungen Fühler in die Wirklichkeit zu strecken: der Luft=Autobus, zweckmässig gleich "Luftibus" genannt, wird wahr. Man fährt sicher wie in der Strassenbahn, und die nächste Generation braucht schon keinen Flugplatz mehr, sie landet auf den Dächern ihrer Häuser. Wenn noch die Feststellung hinzugefügt wird, dass der Luftibus Böen naturgemäss viel besser auffängt als die Tragflächenmaschine und Luftkrankheiten daher so gut wie ausschliesst, so erscheint das nicht mehr ganz utopische Zukunftsbild geradezu in traumschönen Farben gemalt.

Ego.

+ + +

Devaheim prolongiert... Am Sonnabend kam im Berliner Pastorenprozess "der Fall Himmelsbach" zur Sprache. Himmelsbach war Teilhaber und Geschäftsführer der Stephansdachgesellschaft. Diese Gesellschaft hat im Auftrag der Devaheim mehrere Baublöcke in Berlin-Lichterfelde errichtet. Zur Ueberbrückung der Frist vom Auftrag bis zur Auszahlung der ersten Rate gab die Stephansdachgesellschaft Wechselblanketts an die Devaheim, die ihrerseits darauf Geld von ihren Banken besorgte. Plötzlich tauchten aber zwei Riesenwechsel auf: über 250 000 und über 300 000 Mark, die die Unterschrift Himmelsbachs als Ausgeber und ersten Giranten trugen. Wie sich später herausstellte, hatte Himmelsbach seine Unterschrift aber nur ohne eigene geschäftliche Notwendigkeit und auf ausdrückliche Veranlassung von Generaldirektor Jeppel gegeben. Jeppel hatte ihm erklärt, dass es sich bei der Unterschrift nur um eine "Formsache" handele; er brauche den Wechsel für die Umleitung eines Kredits. Tatsächlich hat aber Himmelsbach mit den gutgläubig gegebenen Unterschriften mit 550 000 Mark eine Garantie für eine zweite Hypothek übernommen. Von der "Umleitung eines Kredits" konnte keine Rede sein. Die Devaheim hatte kein Geld mehr und hat aus diesen Gründen den Himmelsbach'schen Wechsel in Umlauf gesetzt, ja sogar prolongieren lassen, ohne dass Himmelsbach überhaupt davon wusste. Später haben die Devaheimdirektoren Himmelsbachs Einverständnis zur Prolongierung regelrecht moralisch erpresst, indem sie erklärten: "Wenn Sie jetzt nicht Ihre Unterschrift geben, sind Sie schuld am Zusammenbruch und dann ist alles zu Ende!" Unter diesem Druck war Himmelsbach mit der Prolongierung einverstanden. Als er aber von den Devaheimdirektoren 1700 Mark haben wollte, stellte sich heraus, dass das Unternehmen nicht ein für diese Summe flüssig machen konnte. Wenige Wochen später liess man die Stephansdachgesellschaft zusammenbrechen...

+ + +

Anklage gegen Walker? Verschiedene New Yorker Bürgervereinigungen beabsichtigten auf Erhebung einer formellen Anklage gegen den New Yorker Oberbürgermeister Walker hinzuwirken. Jimmy Walker wird einer Reihe unlauterer Geschäfte beschuldigt. Ein Untersuchungsausschuss ist seit Wochen in der Prüfung der Angelegenheit tätig. Sollte es zur Anklageerhebung kommen, so würde der Oberbürgermeister vorläufig vom Amt suspendiert werden.

+ + +

Todesurteil bestätigt. Der erste Strafsenat des Reichsgerichts bestätigte das vom Schwurgericht Plauen am 12. April d. J. gefällte Todesurteil gegen den 27-jährigen Handlungsgehilfen Fritz Gerber aus Reichenbach i. V. Gerber hat ein dreizehnjähriges Schulmädchen in einen Wald gelockt und erwürgt.

+ + +

Eine "Angiftung"? Im Gubener Giftmordprozess gegen Frau Else Ziehm und ihre Mutter, Frau Ladewig, führte der Sachverständige Dr. Wagner am Sonnabend aus, es sei fest erwiesen, dass der achtjährige Hans Georg Ziehm durch Chlorkali ums Leben gekommen wäre. Zwischen den Sachverständigen entstanden lediglich Meinungsverschiedenheiten darüber, wann dem Kinde das Gift verabreicht worden sein mag. Vermutlich hat mit dem Abendessen eine "Angiftung" stattgefunden; der zweite Teil der Giftquantität scheint dann in ein in der Nacht verabreichtes Glas Trinkwasser geschüttet worden zu sein. Vorsitzender: "Frau Ziehm, wollen Sie nicht jetzt endlich Ihre Verteidigungstaktik ändern? Was haben Sie hierzu zu sagen?" - Frau Ziehm: "Ich bin unschuldig."

+ + +
Der Nasensteckbrief. Die Bundespolizei in Washington beabsichtigt zur Ergänzung ihres Erkennungsdienstes "Nasensteckbriefe" einzuführen. Bei 2 200 Röntgenaufnahmen von Nasenhöhlen ist festgestellt worden, dass niemals zwei Bilder restlos übereinstimmen. Sachverständige sollen erklärt haben, dass das Röntgenbild der Nase ein Erkennungsmerkmal von grösserer Sicherheit darstelle als der menschliche Fingerabdruck.

+ + +
Rundfunkuntersuchung? Auf Veranlassung des Reichsrundfunkkommissars Dr. Bredow wird voraussichtlich vom Reichspostministerium eine Untersuchung über die Organisation der Berliner Funkstunde geführt werden. Es sollen verschiedene Rundfunkangelegenheiten, die im Berliner Beleidigungsprozess Flesch contra Scharnke zur Sprache kamen, aufgeklärt werden. Ob an Scharnkes sehr allgemein gehaltenen Vorwürfen etwas Wahres ist, steht noch dahin.

+ + +
Strecker-Revision. Der Schriftsteller Karl Strecker, der vom Potsdamer Gericht wegen Brandstiftung in Tateinheit mit Versicherungsbetrug zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden ist, will Revision einlegen, weil er sich, wie er angibt, "völlig unschuldig" fühle. Dieser Schritt ist umso bemerkenswerter, als dem Verurteilten vom Gericht Befürwortung eines Gnadengesuchs zugesichert worden war.

+ + +
"Salaban II." Unter der Beschuldigung der Falschmünzerei wurden in Berlin-Hohenschönhausen der 43 Jahre alte Kunstmaler und Graphiker Walter Pahl und seine Ehefrau verhaftet. Das Ehepaar Pahl hat im Laufe der letzten acht Jahre tausende von falschen Fünfzig-, Zwanzig- und Zehnmarkscheinen hergestellt. Wie Salaban scheint Pahl das Geld allein hergestellt und in Zusammenarbeit mit seiner Frau in Umlauf gebracht zu haben. Seine Werkstatt befand sich in seiner Wohnung.

+ + +
Todesurteil. Vom Schwurgericht Frankfurt/Oder wurde am Sonnabend der vierundzwanzigjährige Postaus Helfer Martin Heinze aus Frankfurt/Oder wegen Ermordung einer Hausangestellten zum Tode und wegen eines im Jahre 1927 an einem dreizehnjährigen Mädchen begangenen Sittlichkeitsverbrechen sowie wegen wissentlich falscher Anschuldigung zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

+ + +
Fahrlässige Tötung? Gegen den Piloten Gabriel, dessen Sportflugzeug am Freitag-Nachmittag in der Nähe des Flugplatzes Berlin-Johannisthal abstürzte und das Dach einer chemischen Fabrik durchschlug, wird wahrscheinlich Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben werden. Bei dem Unglück war eine Begleiterin Gabriels ums Leben gekommen; ausserdem sind sieben Arbeiterinnen zum Teil lebensgefährlich verletzt worden. Gabriels Fahrlässigkeit wird darin gesehen, dass er Loopings in viel zu grosser Bodennähe ausführte. In grösserer Höhe hätte der Pilot seinen Apparat vermutlich noch abfangen und notlanden lassen können.

Wirtschaft Technik Handel

Redensarten oder Programm?

Die Programmklärung der Nazi-Barone.

SPD. Die Reichsregierung tut in ihrer Erklärung die Frage der Finanzen bei Reich, Ländern und Gemeinden, auf die sich während der letzten Jahre die Regierungsaktionen überhaupt konzentrierten, mit einer bemerkenswerten Kürze ab. In einem einzigen Satz wird die Behauptung aufgestellt, dass "die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preussens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden erschüttert" seien.

Wenn das wirklich wahr wäre, dann müsste die Regierung sagen, wie sie die Grundlagen wieder herzustellen gedenkt. Wie sie sich die Gesundung der Finanzen bei Reich, Ländern und Gemeinden denkt. Diese Aufgabe hat eine Regierung in Ländern, wo es Sitte ist, die Finanzen in Ordnung zu halten. Für die Regierung der Schlotbarone und Junker scheint aber dieses Gebot nicht zu bestehen. Dagegen fördert man mit Erklärungen, wie sie die Regierung am Sonnabend abgegeben hat, die Panikstimmung, die sich bereits nach dem Sturz der Regierung Erkennung zeigte. Was soll sich der Mann im Volke denken, dessen Reichsregierung erklärt, die Grundlagen der öffentlichen Finanzwirtschaft sind völlig erschüttert, und dem dieselbe Reichsregierung jede Andeutung schuldig bleibt, welche Mittel sie zu einer Sanierung hat und anwenden will? Die Folge kann nur sein, dass das Vertrauen in unsere Währung und zu unseren öffentlichen Finanzen einen neuen Stoss erhält. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn sich die Folgen demnächst in unserem Wirtschaftsleben zeigen.

Angesichts dieses stilistischen Kunststücks der Nazi-Barone möchte man auf den Gedanken kommen, dass der Herr von Papen irgend einer Baissepartei angehört. Oder plagt die Reichsregierung schon die Last des bösen Gewissens? Sieht man bereits die Defizite, die aus einer Politik erwachsen müssen, die völlig auf die Interessentenhäufen in der Grosslandwirtschaft und der Schwerindustrie abgestellt sind? Dann können wir nur sagen, dass es vergebliche Liebesmühe ist, die Verantwortung, wie das an mehreren Stellen der Regierungserklärung wohl gedacht ist, auf andere abwälzen zu wollen. Denn die Dinge liegen doch so: Die öffentlichen Finanzen sind keineswegs erschüttert! Wer das behauptet, behauptet etwas, das den Tatsachen nicht entspricht.

Selbstverständlich ist die Krise an den Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden nicht spurlos vorbeigegangen. Die Steuer- und Zolleinnahmen haben sich mit sinkendem Verbrauch stark verringert. Das Reich hat eine Steuerpolitik getrieben, die Besitz und hohe Einkommen schonte. Mit dem Bestreben, Besitz und Vermögen zu schonen und die Steuerlast einzig und allein den breiten Massen aufzuhalsen, mussten Einnahmeausfälle entstehen, die nicht mehr auszugleichen waren, indem man Massen und Massenverbrauch immer härter besteuerte. Die Einleitung einer sinnlosen Handelspolitik verringerte die Einfuhren und die Zölle.

Andererseits überliess man den Gemeinden die Sorge für die Erwerbslosen, für die Arbeitsunfähigen, für die Invaliden. Es gibt heute Städte, die fast ausschliesslich ihre Einnahmen dazu benutzen, die Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen zu bestreiten. So ist die finanzielle Not der Gemeinden entstanden. Wenn die Finanzwirtschaft der Gemeinden nicht so gesund wäre, wie es der Fall

ist, dann wäre es unmöglich gewesen, die Dinge bis jetzt zu halten.

Die Regierung Brüning hat nun angesichts dieser Entwicklung erklärt, dass die von der deutschen Sozialdemokratie seit Jahren geforderte Sanierung der Gemeindefinanzen dringende Notwendigkeit ist. Die Regierung Brüning wollte diesen Weg gehen, ohne das System der Sozialversicherung zu zerschlagen, ohne die Arbeitslosenversicherung aufzuheben.

Sicherlich war das eine Ursache für den Sturz des Kabinetts Brüning mit. Diejenigen, die dieses Kabinett stürzten, verleumden jetzt die Gemeinden, indem sie von der Zerrüttung ihrer finanziellen Grundlagen sprechen und die Dinge so verklausulieren, dass der Aussenstehende den Eindruck haben muss, die Gemeinden haben ihre Finanzen mutwillig selbst zerschlagen. Dagegen kein Sterbenswörtchen, wie man sich die Hilfe für die Gemeinden denkt. Sorge für die Erwerbslosen scheint eine Sache zu sein, die die Regierung der Barone und der Monokel sehr wenig interessiert.

In dem bereits erwähnten Paniksatz wird Preussen besonders genannt. Das kann nicht Wunder nehmen; denn Preussen hat man ja in jenen Kreisen, deren Vertreter heute im Reich regieren, jahrelang als das "rote" Preussen verschrie. In Preussen ist nun während des Jahres 1931 ein Defizit entstanden. Es wäre angesichts der Krise und der sinkenden Einnahmen auch unnatürlich, wenn das nicht der Fall sein würde. Aber das Defizit in Preussen von rund 300 Millionen Mark hält sich, gemessen an den Ausgaben, die Preussen zu leisten hat, in Grenzen.

Man muss der preussischen Finanzwirtschaft wohl das Zeugnis ausstellen, dass sie sorgfältig und haushälterisch gewirtschaftet hat, wie die preussische Finanzverwaltung in der Nachkriegszeit in der ganzen Welt als gut und vorbildlich galt und noch gilt. Wie man angesichts dieser Tatsache von einer Zerrüttung der Grundlage in den preussischen Finanzen sprechen kann, bleibt unerfindlich und verantwortungslos.

Man mag auch über die Finanzpolitik des abgetretenen Kabinetts Brüning denken, wie man will. Diese Finanzpolitik war unsozial. Sie hatte arge Härten. Sie hat die Länder knapp gehalten und die Überweisungen schonungslos gekürzt. Sie trägt ihr gerütteltes Mass von Schuld an der Finanznot der Gemeinden. Aber man muss der Regierung Brüning nachsagen, dass sie geordnete Finanzen hinterlassen hat. Im Jahre 1931 ist im Reich ein Defizit von nur wenigen Millionen entstanden. Es gibt kein Land in der Welt, das finanziell so sauber gewirtschaftet hat wie das deutsche Reich während der Regierung Brüning. Es gibt kein Land in der Welt, dessen Finanzgrundlagen so intakt sind wie die des Deutschen Reiches. Sehen wir nach Amerika. Dort ist in derselben Zeit ein Defizit von 12 Milliarden entstanden. Frankreich hat in derselben Zeit seine Finanzreserve in Höhe von 20 Milliarden Franken aufgezehrt. Deutschland hat unter dem Kabinett Brüning Schulden abgezahlt.

Die Gerechtigkeit gebietet es, diesen Tatbestand zu unterstreichen.

Wir wären froh, falls die Regierung von Papen, wenn sie einmal abtritt, dieselben geordneten Finanzen hinterlässt, wie das die Regierung Brüning tat. Die Regierung von Papen hat eine finanzielle Erbschaft im Reich angetreten, die nicht überschuldet und in ihren Grundlagen gesund ist. Wenn dieselbe Regierung aber jetzt von der Zerrüttung der finanziellen Grundlage spricht, muss auch der Dümmste hellhörig werden. Deshalb müssen wir feststellen, dass alles, was auf dem Gebiet der Reichsfinanzen sich in Zukunft noch ereignen wird und ereignen kann, unter der ausschliesslichen Verantwortung der neuen Regierung fällt.

SPD. Die Folgen der wahnsinnigen Butterzollpolitik, die Deutschland unter ruck der Autarkieparteien, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten betreibt, reifen jetzt auch in Holland heran. Holland ist der wichtigste Abnehmer deutscher Fertigwaren, das wohl mit Recht verlangen kann, dass man seinen Handelsinteressen nach Deutschland keine unnötige Erschwerungen bereitet. Durch die Erhöhung des Butterzolls hat Deutschland aber seinen wichtigsten Warenabnehmer vor den Kopf gestossen. Unzählige Arbeiter und Angestellten Deutschlands, die bis jetzt für den Export nach Holland arbeiteten, werden das bald merken. Nach dem Vorbild der Schweiz geht Holland dazu über, die deutsche Wareneinfuhr abzustoppen. Zu diesem Zwecke hat man ein Devisen-Clearing-Gesetz geschaffen. Unser Amsterdamer Mitarbeiter berichtet über die Annahme dieses Gesetzes in der zweiten holländischen Kammer folgendes:

"Das Devisen-Clearing-Gesetz, das der Niederländischen Regierung als Waffe gegen die deutschen Erschwerungen der niederländischen Butterausfuhr und die einseitige deutsche Devisenzuteilung dienen soll, wurde von der Zweiten Haager Kammer mit 77 gegen nur 2 kommunistische Stimmen angenommen. Zuvor erklärte Handelsminister Verschuur, dass diese Massnahme sich zwar nicht ausschliesslich gegen Deutschland richte, aber dass Niederland zur Abwehr übergeben müsse. Die Regierung habe bis zum letzten Augenblick gewartet; aber so könne es nicht weiter gehen, wenn nicht Niederlands eigene Existenz gefährdet werden solle. Den Ergänzungsantrag des Sozialdemokraten van der Waerden, dass das Gesetz vorläufig nur bis zum 1. Januar 1935 in Kraft bleiben solle, machte der Minister sich zu eigen, da eine grundsätzliche Änderung der niederländischen Handelspolitik von der Regierung nicht beabsichtigt werde. Der jetzt eingeschlagene Weg der Gegenseitigkeit bezwecke, das heutige Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten. Der schweizerische Kompensationsverkehr habe sich auch nicht als ein Mittel gegen Kreditschwierigkeiten im Handel mit Deutschland erwiesen. Das neue Gesetz lasse der Regierung drei Wege offen: 1. Zulassung nur solcher Waren, für die eine Bezahlungsgenehmigung in dem Einfuhrlande erteilt werde; 2. Abwehr aller entbehrlichen Waren und 3. Zulassung aller Waren, aber Bezahlung eines Teiles derselben auf Sperrkonto zwecks Finanzierung der Ausfuhr. Die Sperrkonto-Methode wird von der Regierung bevorzugt. Die Regierung trage der verminderten Kaufkraft anderer Völker durchaus Rechnung, und die niederländischen Unterhändler in Berlin hätten lediglich die Aufrechterhaltung des heutigen Verhältnisses zwischen Einfuhr und Ausfuhr (2:1) im deutsch-niederländischen Verkehr vorgeschlagen.

SPD. Die Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs A.G. in Gleiwitz (Oberbedarf), die bei der Sanierung der oberschlesischen Montansanierung eine wichtige Rolle spielt, legt jetzt ihren Sanierungsplan vor, wonach sich die erforderlichen Abschreibungen auf 13,7 Millionen Mark stellen. Davon entfallen 12,25 Millionen Mark allein auf die Sanierung bei Oberhütten (Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A.G.) Im übrigen sind Rückstellungen in Höhe von 4,36 Millionen Mark notwendig geworden.

Die zur Sanierung notwendigen Mittel werden dadurch beschafft, dass 7,7 Millionen Mark Oberbedarfsaktien, die sich im Besitz von Oberbedarf befinden, eingezogen werden. Dadurch ergibt sich ein Buchgewinn von 3,85 Millionen Mark. Weiter wird das Kapital von 20 Millionen Mark auf 7,5 Millionen Mark heruntergesetzt, wodurch sich ein Gewinn von rund 12,55 Millionen Mark ergibt.

SPD. In der Eisenindustrie ist es nach längeren Verhandlungen zu einem Friedensschluss gekommen, der wohl den grössten Teil der Eisenverarbeiter, hauptsächlich die kleineren Betriebe, wenig befriedigen wird. Die Eisenverarbeiter haben aber immerhin erreicht, dass die weiteren Verschlechterungen, die ihnen die Schwerindustrie zumutete, fürs erste abgewehrt sind.

Mit zunehmender Krise war die Schwerindustrie bestrebt, die Lasten auf Arbeiter und Eisenabnehmer abzuwälzen. Bei den Arbeitern setzte ein hemmungsloser Lohnabbau ein. Die Eisenabnehmer wollte man um die Vergütungen prellen, die nach der bestehenden Vereinbarung für solches Eisen gezahlt wird, das in Deutschland zur Verarbeitung und zum Export nach dem Auslande kommt. Es handelt sich um die sogenannte Avi-Vergütung, die nach der Abschliessung der deutschen Wirtschaft vom Ausland durch Zölle, Gebietsschutz usw. von der Schwerindustrie zugestanden wurde. Diese Avi-Vergütung machte bis zum Frühjahr 1931 die Differenz zwischen Weltmarktpreis und dem stark überhöhten deutschen Inlandspreis aus. Im Jahre 1931 fing die Schwerindustrie an, diese Vergütungen abzubauen. Sie machte die Gewährung von Bedingungen abhängig, die so beschaffen waren, dass die kleinen Verarbeiter von der Vergütung ausgeschaltet wurden. Dann ging die Eisenindustrie dazu über, die Vergütungen überhaupt abschaffen zu wollen. Das führte zum Krach. Die Eisenverarbeiter wehrten sich und es wäre ohne den oben erwähnten Friedensschluss zu einem Rattenkönig von Prozessen gekommen, die für die Eisenindustrie ungünstig ausgehen mussten.

Der Friedensschluss geht, wie bereits bemerkt, zu Lasten der kleinen Verarbeiter. Es wird in etwa der Zustand vom Frühjahr 1931 wieder hergestellt. Zu beachten ist noch, dass als Auslandspreis der Satz von 79 Mark pro Tonne Stabeisen gilt. In Wirklichkeit liegt aber der Preis auf dem Weltmarkt etwa um 40 Mark. Das ist schon eine Benachteiligung, die sich ungünstig auf den deutschen Maschinen- und Stahlwarenexport auswirken muss. Im übrigen gewährt die Eisenindustrie Sondervergütungen an solche Firmen, die ausschliesslich Inlandsmaterial bearbeiten. Diese Vergünstigung kommt in der Hauptsache den grossen Firmen zugute.

SPD. Der Harpenkonzern, der in seiner Generalversammlung am Sonnabend die Heruntersetzung seines Kapitals von 110 Millionen auf 90 Millionen genehmigte, versucht es mit einer Neuerung, die nicht ohne Kritik bleiben darf. Es handelt sich um eine Massnahme, womit jene Notverordnung umgangen werden soll, die das Unwesen der Mamutaufsichtsräte eindämmen will. Nach dieser Notverordnung darf niemand mehr als 20 Aufsichtsratsmandate auf sich vereinigen. Der Notverordnung liegt der gesunde Gedanke zugrunde, dass sich unsere Industrieprominenten sozusagen in Aufsichtsratsmandaten einwickeln und nicht mehr Zeit finden, sich um ihre Pflichten zu kümmern. Die Industrieskandalprozesse haben ja gezeigt, wie fürchterlich die Auswirkung solcher Pflichtvernachlässigungen sind.

Die Notverordnung ist da. Aber anscheinend nur, dass sie von unseren Industrieprominenten umgangen wird. Die Herrschaften finden immer die bekannte Masche im Netz. So auch hier. Kann man nicht als Aufsichtsrat gewählt werden, dann wird man eben als "beratender Aufsichtsrat" gewählt. Die Generalversammlung bei Harpen hat der Verwaltung das Recht gegeben, drei "beratende Aufsichtsräte" zu berufen. Selbstverständlich handelt es sich um solche Leute, die bereits die zulässige Zahl von 20 Aufsichtsratsmandaten auf sich vereinigen. Hinzu kommt jetzt das 21. Mandat, aber als beratender Aufsichtsrat. In Wirklichkeit kehren die alten Zustände wieder. Eine Notverordnung wird umgangen. Und alles bleibt beim Alten.

Wochenendpause.

(Berliner Getreidebörse vom 4. Juni)

SPD. Bei stetiger Grundtendenz herrschte am Sonnabend an der Berliner Produktenbörse nur wenig Unternehmungen; die Umsätze hielten sich in allerengsten Grenzen. Insbesondere gilt das auch vom Markte der Zeitgeschäfte, wo für Roggen überhaupt keine Notierungen zustandekamen, während die Kurse für Weizen nur wenige Veränderungen aufwiesen. Auch im Handel mit effektiver Ware wurde nur wenig Ware umgesetzt. Weizen aus aller Ernte war nicht stark angeboten und wurde nur wenig gefragt, sodass die Kurse um $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark zurückgingen. Bessere Nachfrage herrschte nach Weizen neuer Ernte, der bei gleichfalls sehr knappem Angebot um eine Mark höhere Kurse erzielte. Im Roggengeschäft war die Situation unverändert. Alter Roggen war kaum noch verkäuflich und auch neue Ware wurde nur zu wenig unveränderten Preisen umgesetzt. Im Mehlgeschäft war altes Weizenmehl schwächer veranlagt; die Mühlen gaben in ihren Forderungen nach. Etwas besserer Absatz wurde im Herbstmehl erzielt. Jedoch war es ausserordentlich schwer, die geforderten Preise durchzusetzen. Roggenmehl war in alter und neuer Ernte lustlos und erzielte nur geringfügigen Absatz. Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot war klein, genügte aber für die geringfügigen Absatz. Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot war klein, genügte aber für die geringfügige Nachfrage.

	<u>3. Juni</u>	<u>4. Juni</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	264 - 266	263 - 265
Roggen	195 - 197	195 - 197
Futter- und Industriegerste	175 - 182	162 - 165
Weizenmehl	32,00 - 35,75	32,25 - 35,75
Roggenmehl	25,75 - 27,75	25,75 - 27,75
Weizenkleie	10,75 - 11,25	10,75 - 11,25
Roggenkleie	9,70 - 10,20	9,70 - 10,20

Handelsrechtliche Lieferungsbedingungen: Weizen per Juli 269 $\frac{1}{2}$ (270), September 234 (233), Oktober - (234 $\frac{1}{2}$), Dezember 238 (238). Roggen Juli - (187 $\frac{1}{2}$), September - (183 $\frac{1}{2}$), Hafer Juli 174 (174).

Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle vom 4. Juni, RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision). Wirsingkohl 50 kg 1,50 - 2,00, Blumenkohl 100 Kopf 5 - 20, Kohlrabi Freiland Schock 1,50 - 2,50, Radieschen 1,25 - 1,75, Meerrettich 50 kg 40 - 50, Porree je nach Grösse Schock 1,50 - 3, Petersilie grün je nach Grösse 100 Bd. 3 - 5, do. mit Wurtel 50 kg 6 - 10, Salat Freiland 100 Kopf 2,50 - 6, do. Dresdener 6 - 8, Spinat 50 kg 4 - 6, Pfefferlinge 55 - 65, Gurken Treibhaus 100 Stck. 15 - 35, do. holländ. 22 - 35, Spargel I gebündelt 50 kg 35-42, lose 32-38, do. II gebündelt 20-26, lose 18 - 23, do. III gebündelt 10-15, lose 7 - 12, do. unsortiert 22-27, Edelchampignons Treibhaus 50-120, Grüne Bohnen ital. br. 20-30, Tomaten Treibhaus 42-47, do. holländ. Treibhaus 44-48, do. kanar. Kiste 3,50-5,50, Rhabarber Freiland 1,50-2,50.

Gewerkschaftliche Rundschau

Geschwätziges Schweigen.

Papens Antisozialprogramm.

SPD. Hier wäre sie also schon, die "schweigende Tat", von der die Nazis dieser Tage grosspurig im Preussischen Landtag als Beginn ihres Regiments gesprochen haben. Die Kriegserklärung der Papen-Regierung gegen die Arbeiterklasse - sie ist eine Tat der Unaufrichtigkeit; denn sie schweigt sich heimtückisch gerade über all die Dinge aus, worüber die Volksmassen jetzt, wo ein neuer Reichstag gewählt werden soll, genau Bescheid wissen wollen. Den Hungernden und Darbenden gibt man keine Klarheit. Man bietet ihnen als Programm einen Darm voll Phrasen.

Als die Papen-Regierung gebildet wurde, hiess es in der Presse der Schlot- und Krautbarone, jetzt werde mit den Notverordnungen Schluss gemacht. Kaum ist aber die neue Regierung da, da erklärt sie, sie sei gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmassnahmen durchzuführen. Dass eine neue Notverordnung kommt, braucht die Papen-Regierung dem Volk erst nicht besonders zu sagen. Das Volk will wissen, was in der Papen-Notverordnung steht. Was darin stehen soll, das haben die Hintermänner der Regierung der Hitlerbarone doch längst ausgeheckt. Warum rückt man nicht mit der Sprache heraus?

Da sind die Arbeitslosen. Sie möchten wissen, was aus dem Arbeitslosenschutz wird. Da nicht einmal Herr Goerdeler den Posten des Reichsarbeitsministers im neuen Kabinett übernehmen wollte, darf man annehmen, dass die Arbeitslosenunterstützung nicht nur umorganisiert, sondern gründlich abgebaut wird. Das neue Allheilmittel der Nazibarone besteht nicht im Arbeitslosenschutz, sondern im Arbeitsdienst, im freiwilligen wie im unfreiwilligen. Damit soll die Arbeitslosenfrage gelöst werden. Was aber soll mit dem freiwilligen Arbeitsdienst geschehen? Das Siedlungsprogramm der Regierung Brüning soll doch nicht mehr durchgeführt werden. Die Junker wollen den kranken Grossgrundbesitz Ostelbiens nicht zur Siedlung bereitstellen, sondern ihn auch weiterhin mit allgemeinen Mitteln zum Schaden der Allgemeinheit über Wasser halten. Ohne Siedlungsprogramm hängt aber der ganze freiwillige Arbeitsdienst in der Luft. Mit dem Dienst sollten doch volkswirtschaftliche Werte geschaffen werden. Was sollen denn die Freiwilligen, wenn nicht gesiedelt wird, eigentlich schaffen? Sollen die SA-Leute, die man in den freiwilligen Arbeitsdienst überführen will, nur exerzieren? Exerzieren schafft aber keine volkswirtschaftlichen Werte.

Da sind die Invalidenrentner. Sie möchten gerne wissen, was aus der Invalidenversicherung wird. Wie steht es mit der Stellungnahme der Papen-Regierung zur Sozialversicherung überhaupt? Im Papen-Programm ist die Rede davon, dass die Sozialversicherung vor dem Bankrott stehe. Das Volk brauchte keine neue Regierung, damit man ihm von den Finanzschwierigkeiten der Sozialversicherung erzählt. Dass diese Schwierigkeiten bestehen, weiss längst alle Welt, und auch, warum sie bestehen. Wie die Sozialversicherung saniert werden soll, darüber wollen die Rentner Bescheid wissen. Aber darüber schweigt sich das Papen-Programm in allen Tonarten aus, und dieses Schweigen muss stutzig machen. Will man die Sozialversicherung gänzlich absacken lassen?

Die dümmste Phrase im Papen-Programm ist die vom Wohlfahrtsstaat. Die

Nachkriegsregierungen, so heisst es in dem Programm, hätten den Staat zu einer "Wohlfahrtsanstalt" zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Ach du lieber Gott! Nun plappert die Papen-Regierung auch noch wie ein Papagei den Horneffern und ähnlichen Toren ihren Blödsinn nach. Als vor Jahren der Sturm auf die Arbeitslosenversicherung einsetzte, schimpfte die Unternehmerpresse landauf landab auf die faulen Arbeitslosen. Heute, nach drei Jahren steigender Arbeitslosigkeit, rühmt man überall den erstaunlichen Arbeitseifer, den die Arbeitslosen offenbaren, sobald man ihnen nur ein bisschen Möglichkeit dazu gibt. Ueberall an der Peripherie der Grosstädte wird gezimmert, geackert und gepflanzt. Die Arbeitslosen versuchen sich mit einer Wohnlaube und einem Stückchen Garten eine Bleibe und eine Existenz zu schaffen, und die Propagandisten des freiwilligen Arbeitsdienstes singen und sagen Tag für Tag von dem Andrang der jugendlichen Arbeitslosen zu den Arbeitsmöglichkeiten, die durch den Dienst geboten werden. Und da kommt nun eine Papen-Regierung heute noch mit dem faden Geschwätz von Wohlfahrtsstaat.

Herr Papen war im übrigen doch früher auch einmal in Amerika. Seine "Glanzleistungen" als Attaché während des Krieges sind ja zur Genüge bekannt. Man darf wohl annehmen, dass er auch jetzt noch ab und zu eine amerikanische Zeitung liest und eine Ahnung hat von dem furchtbaren Arbeitslosenelend, das drüben herrscht. Drüben wäre man heute überglücklich, wenn man in einer "Wohlfahrtsanstalt" leben könnte. Man wäre froh, wenn man eine Arbeitslosenversicherung hätte, und wenn eine Sozialversicherung zum Schutz der Kranken, der Invaliden und der Alten da wäre. Die vielgerühmte Selbsthilfe - drüben hat sie in der Zeit der Not kläglich versagt. "Eins ist klar, dass die Massenarbeitslosigkeit heute mit grauen Fäusten an die Tore Amerikas schlägt und im Begriff ist, zum Motor einer kollektiven staatlichen Sozialpolitik zu werden, die Amerika bisher nicht kannte." So schrieb am 15. März "Der Arbeitgeber", die Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, und da kommt eine Papen-Regierung von neuem mit dem dämlichen Gejaule über den "Wohlfahrtsstaat". Laufen die Hitlerbarone mit Scheuklappen in der Welt herum?

Den Hitlerknechten, d.h. den armen Teufeln, die sich durch Hitlers Phrasen ans Gängelband der Barone binden liessen, könnte das Antisozialprogramm der Papenregierung endlich die Augen öffnen. Noch sind die Wahlen nicht vorüber; die Papenregierung hütet sich daher, schon jetzt ihre Karten aufzudecken. Immerhin schon ihr bisheriges Antisozialprogramm ist eine feine Bescherung.

SPD. Der Kampf um den Tarifvertrag tobt auf der ganzen Linie. Die Herneiführung eines tariflosen Zustandes ist das Ziel des Unternehmertums, weil es vor allem in der Lohnfrage nach Gutdünken schalten und walten will. Ein besonders übler Trick, mit dem man vom Tarifvertrag loszukommen versucht, besteht in dem Austritt aus den Arbeitgeberverbänden. So traten zum Beispiel Ende Januar 17 Schiffahrtfirmen aus dem Arbeitgeberverband der Hafengebiete Mannheim-Ludwigshafen aus, um sich vor der Zahlung von Tariflöhnen zu drücken. Sie hatten jedoch mit dieser Manöver bis jetzt kein Glück. Der Gesamtverband erhob Klage, und das Arbeitsgericht Mannheim stellte fest, dass der Arbeitgeberverband ersatzpflichtig ist: erstens für den Schaden, der dem Gesamtverband erwachsen ist aus der dem Lohn angepassten niedrigeren oder gar ganz unterlassenen Beitragszahlung und zweitens für den Schaden, den die Mitglieder des Gesamtverbandes durch untertarifliche Bezahlung erlitten.

Das Urteil des Mannheimer Arbeitsgerichts ist für den Kampf um die Erhaltung des Tarifvertrags von grossem Wert. Seine Begründung verdient auf-

merksame Beachtung.

Gegenüber dem Einwand des Arbeitgeberverbandes, er habe alles getan, um seine Mitglieder zur Tariftreue anzuhalten, und die Entlassung der 17 Firmen sei eigentlich ein Ausschluss gewesen, stellt das Urteil fest, dass Entlassung oder Ausschluss in diesem Falle gleichbedeutend gewesen sei. "Die Pflicht zur Durchführung und Wahrung des Tarifvertrages", so heisst es in der Begründung, "gebietet, alles zu unterlassen, was den Bestand oder die ordnungsgemässe Durchführung des Vertrages gefährden könnte... Daraus ergibt sich, dass die seitens einer Tarifpartei vorgenommene positive Massnahme des Ausschlusses, bezw. die Androhung desselben mit dem Zwecke, das tarifuntreue Mitglied zur Einhaltung des Tarifvertrages erzwingen, ungeeignet sein kann." In diesem Falle sei "die positive Massnahme... zur Erfüllungsverleistung und damit eine positive Verletzung der Verpflichtung zur Tariftreue" geworden. Die Kündigung der Mitgliedschaft sei nur zum 31.12.1932 zulässig gewesen.

Den Einwand, dass für den Kläger und seine Mitglieder der Schaden durch die angedrohten Betriebsstillegungen viel grösser gewesen wäre, weist das Urteil zurück. Es erkennt die schwierige Lage der Rheinschifffahrt an, betont aber: "Wollte man jedoch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten allgemein als Grund für die Lösung tarifvertraglicher Verpflichtungen ansehen, so würde man damit dem ganzen Tarifvertragswesen... die Grundlage entziehen." Die Folgerung, dass ein Unternehmer sich von der tariflichen Bindung lossagen könne, wenn nach seiner Auffassung die Rentabilität seines Unternehmens in Frage gestellt ist, könne bei der gegenwärtigen Rechtslage als "zutreffend und gerechtfertigt nicht angesehen" werden. Für einen Arbeitgeberverband dürfe in solchen Fällen nicht der Vorteil seiner Mitglieder ausschlaggebend sein, sondern seine Verpflichtung zur Tariftreue. "Der Beklagte durfte deshalb nicht die Interessen seiner Mitgliedsfirmen den Interessen der Gegenseite - seines Tarifkontrahenten - zur Aufrechterhaltung des Tarifs voranstellen."

Die Klage wird, da ihr Streitwert auf 6 001 Mark festgesetzt ist, auch in den höheren Instanzen durchgefochten. Man darf wohl erwarten, dass auch die höheren Instanzen ihre Rechtsprechung nicht an den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer orientieren, sondern dass sie einzig und allein der Gerechtigkeit dienen.

SPD. Die sozialreaktionäre Gefahr, die durch die Papenregierung in beäroliche Nähe gerückt ist, wird von dem Führer der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung, dem Reichstagsabgeordneten Aufhäuser, in der neuesten Nummer der Afa-Bundeszeitung in einem aufschlussreichen Artikel beleuchtet.

"Die Gewerkschaften", sagt Aufhäuser, "können sich keiner Täuschung hingeben; dass nunmehr die Aufhebung der Arbeitslosenversicherung, der Abbau von Renten, die Aushöhlung der Sozialversicherung und des staatlichen Schlichtungswesens in unmittelbare Nähe gerückt sind. Die Finanznot soll von der Regierung des Herrn Reichspräsidenten ohne neue Steuern behoben, die Arbeitsbeschaffung ohne Prämienanleihe gelöst werden. Eine solche Finanzkunst kann nicht anderes bedeuten als Deckung der öffentlichen Lasten durch unerträgliche Kürzung von Lohn, Sozialrente und durch inflatorische Kreditschöpfung." Die zu erwartende Empörung der Massen wolle man dadurch niederhalten, dass man durch Aufhebung des SA-Verbotes dem Naziterror freien Lauf lasse. Es wäre verfehlt, den Ernst der Situation verkennen zu wollen, es könne aber auch keine Rede davon sein, dass sich die Organisationen der Eisernen Front irgendwie entmutigt fühlen. Die alte Kampfkraft der Gewerkschaften bürge dafür, dass auch diese Periode schärfster Reaktion überwunden wird.